

**V o r l a g e Nr. G 24/19**

**für die Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung am 08.04.2016.**

**Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen (Antrag der Fraktion DIE LINKE)**

**A. Problem**

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hat in der 6. Sitzung am 08.12.2016 den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen“ (Neufassung der Drucksache 19/52 S vom 19. November 2015 - Drucksache 19/54 S) zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung überwiesen.

**B. Lösung / Sachstand**

Es wird der in der Anlage beigefügte Entwurf eines Berichts an die Bremische Bürgerschaft vorgelegt.

Mit dem Antrag 19/15 S soll die Stadtbürgerschaft den Senat auffordern, die vier Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren im Beratungs- und Diagnostikbereich wie zugesagt bis zur Zielzahl von insgesamt 68 Stellen (Vollzeitäquivalente) auszubauen und dies in die Haushaltsplanungen für die Jahre 2016/17 mit einzubeziehen.

Aktuell sind die ReBUZ mit rund 71 Vollzeitstellen ausgestattet. Diese setzen sich zusammen aus 68,7 bei den ReBUZ verbuchten Stellen und 2,31 Teilabordnungen aus Schulen. Diese 71 Vollzeitstellen verteilen sich auf den Bereich Beratung und Diagnostik mit ca. 54 Stellen und auf den Bereich schulergänzende und schulersetzen Maßnahmen mit ca. 17 Stellen. Drei Stellen im Bereich der schulergänzenden und schulersetzenden Maßnahmen sind derzeit aufgrund von Teilzeitbeschäftigung und Bewerbermangel nicht besetzt.

Im Rahmen der im Koalitionsvertrag vorgesehenen 200 zusätzlichen Stellen sind auch weitere zusätzliche Ressourcen für die Stärkung der ReBUZ und der ZuP vorgesehen. Über

eine bedarfsgerechte Zuweisung dieser Ressourcen soll im Kontext der Evaluation der Schulreform, die sich auch auf die Inklusion beziehen wird, gemeinsam mit den Schulen beraten werden.

Ein weiterer Ausbau der Zielzahl für den Beratungs- und Diagnostikbereich der regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren im geforderten Umfang über die Haushaltsplanungen für 2016/2017 ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

### **C. Finanzielle / Personelle Auswirkungen / Gender-Prüfung**

Unmittelbare finanzielle und personelle Auswirkungen ergeben sich zurzeit nicht. Die zusätzlichen Verstärkungsmittel werden im Haushaltsvollzug im Rahmen eines Flexibilisierungskontos über organisatorische Maßnahmen zu erwirtschaften sein.

Die Unterstützung und Beratung der Schulen durch die ReBUZ betrifft Schülerinnen und Schüler gleichermaßen.

### **E. Beschlussvorschlag**

Die Deputation für Kinder und Bildung beschließt den in der Anlage beigefügten Bericht und dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft.

Die Deputation für Kinder und Bildung empfiehlt, den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen“ abzulehnen.

In Vertretung

Frank Pietrzok

Staatsrat

## **Bericht der Deputation für Kinder und Bildung**

### **Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen (Antrag der Fraktion DIE LINKE)**

#### **A. Problem**

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hat in der 6. Sitzung am 08.12.2016 den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen“ (Neufassung der Drucksache 19/52 S vom 19. November 2015 - Drucksache 19/54 S) zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung überwiesen.

#### **B. Lösung**

Mit dem Antrag 19/15 S soll die Stadtbürgerschaft den Senat auffordern, die vier Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren im Beratungs- und Diagnostikbereich wie zugesagt bis zur Zielzahl von insgesamt 68 Stellen (Vollzeitäquivalente) auszubauen und dies in die Haushaltsplanungen für die Jahre 2016/17 mit einzubeziehen.

Aktuell sind die ReBUZ mit rund 71 Vollzeitstellen ausgestattet. Diese setzen sich zusammen aus 68,7 bei den ReBUZ verbuchten Stellen und 2,31 Teilabordnungen aus Schulen. Diese 71 Vollzeitstellen verteilen sich auf den Bereich Beratung und Diagnostik mit ca. 54 Stellen und auf den Bereich schulergänzende und schulersetzen Maßnahmen mit ca. 17 Stellen. Drei Stellen im Bereich der schulergänzenden und schulersetzenden Maßnahmen sind derzeit aufgrund von Teilzeitbeschäftigung und Bewerbermangel nicht besetzt.

Im Rahmen der im Koalitionsvertrag vorgesehenen 200 zusätzlichen Stellen sind auch weitere zusätzliche Ressourcen für die Stärkung der ReBUZ und der ZuP vorgesehen. Über eine bedarfsgerechte Zuweisung dieser Ressourcen soll im Kontext der Evaluation der Schulreform, die sich auch auf die Inklusion beziehen wird, gemeinsam mit den Schulen beraten werden.

Ein weiterer Ausbau der Zielzahl für den Beratungs- und Diagnostikbereich der regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren im geforderten Umfang über die Haushaltsplanungen für 2016/2017 ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Die Deputation für Kinder und Bildung empfiehlt, den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen“ abzulehnen.